

Landkreis Ebersberg

15. Wahlperiode 2020-2026/02_KSA/22. Kreis- und Strategieausschuss



Protokoll

**22. Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses mit öffentlichem und nichtöffentlichem Teil
am Montag, 05.12.2022 im Hermann-Beham-Saal**

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 18:37 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß
Schriftführerin: Anja Lackner

Anwesend sind:

CSU-FDP-Fraktion

Bauer, Christian	abwesend ab 18:35 Uhr
Brilmayer, Walter	abwesend ab 18:10 Uhr
Huber, Thomas	anwesend ab 14:12 Uhr; abwesend ab 18:28 Uhr
Markmiller, Susanne, Dr. Wagner, Martin	

GRÜNE-Fraktion

Gruber, Waltraud Leng, Lakhena	anwesend ab 14:33 Uhr; abwesend ab 16:47 Uhr
Mayer, Benedikt Oellerer, Reinhard	anwesend ab 16:47 Uhr; abwesend ab 18:20 Uhr

FW-BP-Fraktion

Reitsberger, Georg

SPD-Fraktion

Hingerl, Albert

AfD-Fraktion

Schmidt, Manfred

Abwesend sind:

CSU-FDP-Fraktion

Müller, Alexander	entschuldigt
-------------------	--------------

AuG ÖDP-Linke

Glaser, Renate, Dr.	entschuldigt
---------------------	--------------

Robert Niedergesäß
Vorsitzender

Anja Lackner
Schriftführerin

Inhalt:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern
- TOP 2 Eröffnung der Sitzung; Feststellung der Anwesenheit, Entschuldigungen und Beschlussfähigkeit, ordnungsgemäße Ladung, Einwände zur Niederschrift und Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 3 Haushalt 2023; Beratung über den Haushalt 2023, Haushaltssatzung mit Haushaltsplanung, Investitionsplan und Finanzplanung 2024 bis 2026 - Zweite Lesung
Vorlage: 2021/0578
- TOP 4 Örtliche Prüfung des konsolidierten Jahresabschlusses 2019 des Landkreises Ebersberg
Vorlage: 2022/0768/1
- TOP 5 Örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2019 des Sondervermögens Kreisklinik Ebersberg
Vorlage: 2022/0795/1
- TOP 6 Jahresabschluss 2019; Erteilung der Entlastung
Vorlage: 2022/0832
- TOP 7 Gymnasium Poing, weiteres Vorgehen; Antrag der CSU-FDP Kreistagsfraktion vom 23.10.2022
Vorlage: 2022/0836
- TOP 8 Rückzahlung und Anpassung des Kassenkredites; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.11.2022
Vorlage: 2022/0826
- TOP 9 Verwaltungsgebäude an der Kolpingstraße; Ergebnisse der Arbeitsgruppe Verwaltungsgebäude Landratsamt (AG VgL)
Vorlage: 2022/0838
- TOP 10 Bekanntgabe von öffentlichen Spenden; 3. Abschnitt 2022
Vorlage: 2021/0579
- TOP 11 Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- TOP 12 Informationen und Bekanntgaben
- TOP 13 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
- TOP 14 Anfragen

Öffentlicher Teil

TOP 1	Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern
-------	---

Christine Lehmann, Bürgerin aus Ebersberg, informiert, dass der Vertrag mit der Green City AG zum 30.11.2022 ausgelaufen sei und erkundigt sich dahingehend nach dem aktuellen Sachstand. Auch appelliere sie an das Gremium, zum Schutz von Wald und Wasser, Abstand von der Errichtung der fünf Windenergieanlagen im Ebersberger Wald zu nehmen.

Der Landrat berichtet, dass der Nachfolger, SURPLUS Equity Partners GmbH, sich bis voraussichtlich Ende Dezember in Vertragsverhandlungen mit den Bayerischen Staatsforsten befinde. Sodann werde selbstverständlich öffentlich darüber informiert, inwieweit das weitere Vorgehen zusammen mit der SURPLUS Equity Partners GmbH erfolge oder eine Neuausschreibung erforderlich sei.

TOP 2	Eröffnung der Sitzung; Feststellung der Anwesenheit, Entschuldigungen und Beschlussfähigkeit, ordnungsgemäße Ladung, Einwände zur Niederschrift und Genehmigung der Tagesordnung
-------	--

Der Landrat eröffnet die Sitzung und gibt die Entschuldigungen bekannt. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Gegen die Niederschriften der 20. Sitzung am 10.10.2022 und der 21. Sitzung am 07.11.2022 gibt es jeweils keinen Einwand. Sie sind somit einstimmig genehmigt.

Gegen die Tagesordnung gibt es keinen Einwand, somit ist diese einstimmig genehmigt.

TOP 3	Haushalt 2023; Beratung über den Haushalt 2023, Haushaltssatzung mit Haushaltsplanung, Investitionsplan und Finanzplanung 2024 bis 2026 - Zweite Lesung
-------	---

2021/0578

Vorberatung

LSV-Ausschuss am 28.09.2022, TOP 3 Ö

ULV-Ausschuss am 05.10.2022, TOP 4 Ö

SFB-Ausschuss am 12.10.2022, TOP 3 Ö

Jugendhilfeausschuss am 20.10.2022, TOP 4 Ö

Kreis- und Strategieausschuss am 07.11.2022, TOP 10 Ö, Top 12 Ö

Sachvortragende(r):

Brigitte Keller, Abteilungsleiterin Zentrales und Bildung

Brigitte Keller hält einen Sachvortrag anhand einer Präsentation (Anlage 1 zum Protokoll).

Der Landrat bedankt sich für die umfassende Zusammenstellung der Zahlen und Prognosen. Die diesjährige Haushaltsplanung sei besonders schwierig und weise eine missliche Gesamtgemengenlage auf. Die politische Situation spitze sich in vielen Bereichen zu; beispielhaft berichtet er hier über die geplante Einführung des 49-Euro-Tickets. Die finanzielle Situation einiger Gemeinden sei verheerend. Eine schwierige Entwicklung sei ebenso im Bereich der Kliniken zu beobachten, in anderen Landkreisen würden diese bereits zweistellige Millionendefizite aufweisen. Persönlich vertrete er die Erhöhung der Kreisumlage um zwei Punkte

als sehr redlichen Vorschlag, obgleich er die Probleme der Gemeinden sehr gute kenne. Der Kreis habe die freiwilligen Leistungen offengelegt, der Fokus liege hier auf dem Bereich des Klimaschutzes sowie des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Dies seien in rechtlicher Hinsicht freiwillige Leistungen, hier bestehe jedoch breiter politischer Konsens. Weiteres Sparpotential würde sich nicht mehr ergeben. Besonders in diesen Krisenzeiten habe der Kreis sowie auch die Gemeinden mit einer stetigen Kostensteigerung zu kämpfen, auch der Kreishaushalt sei unterfinanziert, zumal das Bürgergeld noch nicht berücksichtigt worden sei. Wichtig sei der Zusammenhalt der kommunalen Familie und er erhoffe sich, dass das Gremium, im Hinblick auf den Haushalt 2023, eine ausgewogene Entscheidung treffen werde.

Sodann beantwortet Brigitte Keller zufriedenstellend Wortmeldungen aus dem Gremium. Anschließend folgen die Statements zum Haushalt.

Die derzeitige weltpolitische Lage sei schwierig und unberechenbar, ebenso angespannt sei die Situation rund um den Haushalt, so KR Martin Wagner. Dies sei auch bei den Beratungen innerhalb der CSU-/FDP-Kreistagsfraktion bemerkbar gewesen. Insbesondere die Höhe der Kreisumlage sei kontrovers diskutiert worden. Einerseits benötige der Kreishaushalt dringend finanzielle Mittel, andererseits müsse man auch die Sorgen und Nöte der Bürgermeister berücksichtigen, die enorme Schwierigkeiten in ihrer Haushaltsplanung hätten. Die Fraktion beantrage die Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2023 auf 48,5 Punkte festzusetzen, den Gemeinden dürfe nicht „die Luft zum Atmen“ genommen werden. Ausschlaggebend für diese Entscheidung sei der Anstieg der Schlüsselzuweisung um knapp $\frac{1}{4}$ Punkt gewesen. Persönlich erachte er diesen Vorschlag für einen zustimmungsfähigen Kompromiss.

KR Benedikt Mayer führt aus, dass die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen der geplanten Festsetzung der Kreisumlage auf 49 Punkte zustimmen werde. Kritisch sehe die Fraktion jedoch eine Budgetkürzung im Bereich des Klimaschutzmanagements um 500.000 €, weshalb sie bereits auch dem Beschluss für das Teilbudget des ULV-Ausschusses im Rahmen seiner Sitzung am 05.10.2022 abgelehnt habe. Aufgrund der höheren Schlüsselzuweisung i. H. v. 400.000 € beantrage die Kreistagsfraktion diesen Mehrbetrag für den Bereich Klimaschutz in den Haushalt einzustellen.

KR Manfred Schmidt informiert, dass die AfD-Kreistagsfraktion dem Haushaltsentwurf 2023 nicht zustimmen werde. Dieser enthalte Fehlansätze und werfe zusätzliche Fragen auf. Die seitens der Fraktion vorgeschlagenen Einsparmaßnahmen i. H. v. rund 1,5 Mio.€ seien nicht berücksichtigt worden und würden die dringend notwendige Investition für das Berufsschulzentrum Ebersberg in Grafing Bahnhof unmöglich machen. Kritisch zu sehen seien seiner Ansicht nach auch die zahlreichen überflüssigen Mitgliedschaften des Kreises, die fehlende objektive Prüfung des Personal- und Sachaufwandes des Kreisjugendrings sowie der haushaltsträchtige Aufwand für die geplante Errichtung der fünf Windenergieanlagen im Ebersberger Forst. In Anbetracht der neuen Möglichkeit der Errichtung im gesamten Landkreis könne er ein Festhalten am ursprünglichen Forststandort nicht nachvollziehen.

In Anbetracht der aktuellen Lage sei eine Erhöhung der Kreisumlage für die Gemeinden nicht tragbar, so KR Christian Bauer. Dies führe dazu, dass mancherorts kein ausgeglichener Haushalt mehr zustande kommen werde. Eine Erhöhung der Kreisumlage um zwei Punkte könne er allein deshalb nicht nachvollziehen, als dass in den letzten Jahren Mehreinnahmen im Kreishaushalt erzielt worden wären.

KR Albert Hingerl erläutert, dass die Kreisumlagerhöhung ein Kompromiss auf Zeit sei (insbesondere aufgrund der Rückzahlung des Kassenkredits, der langen Warteliste sowie weiterer Faktoren wie Bürgergeld und Umlagekraft), die SPD-Kreistagsfraktion der vorgeschlagenen Erhöhung auf 48,5 Punkte jedoch zustimmen werde. Im kommenden Jahr seien die Haushaltsprozesse genauer zu analysieren, die Politik müsse hier wieder mehr Verantwortung übernehmen und deutlicher auftreten. Prioritäten seien zu diskutieren, die Abstimmung mit den Kommunen sei zu verbessern und Kompromisse zu finden. Persönlich wünsche er sich, dass sich dieser Thematik im kommenden Jahr angenommen werde.

Der Landrat führt aus, dass die Arbeitsgruppe Politik und Verwaltung das geeignete Forum für Verbesserungsvorschläge sei. Hier habe man sich auch über den künftigen Umgang mit dem Jugendhilfebereich im Rahmen der Eckwerteberatung besprochen. Den Prozess der Haushaltsaufstellung habe der Kreistag vor vielen Jahren selbst erarbeitet, dennoch könne stets über Verbesserungsmöglichkeiten diskutiert werden. Das Finanzmanagement beobachte insbesondere in schwierigen Zeiten den Mittelabfluss sowie mögliches Einsparpotential. Persönlich sei er sehr dankbar für das strategische Finanzmanagement.

KR Georg Reitsberger empfindet die Festsetzung der Kreisumlage auf 48,5 Punkte als guten Kompromissvorschlag, der die Situation der Gemeinden ebenso wie die des Kreises berücksichtige.

KR Albert Hingerl informiert, dass er dem Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht zustimmen könne aufgrund deren kurzfristigen Behandlung. Dahingehend habe er kein Meinungsbild seiner Fraktion einholen können..

Sodann stellt der Landrat den erarbeiteten Beschlussvorschlag getrennt zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgende Beschlüsse:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

- 1. Abstimmung über den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, 400.000 € mehr für den Bereich Klimaschutz aufgrund der gestiegenen Schlüsselzuweisung in den Haushalt einzustellen.**



abgelehnt

Ja 3 Nein 9 Anwesend 12

- 2. Die Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2023 wird auf 49 Punkte festgesetzt.**



abgelehnt

Ja 5 Nein 7 Anwesend 12

- 3. Die Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2023 wird auf 48,5 Punkte festgesetzt.**



angenommen

Ja 11 Nein 1 Anwesend 12

- 4. Die Haushaltssatzung 2023**

- a) mit dem doppelten Haushaltsplan des Landkreises Ebersberg einschließlich Investitionsplan und Finanzplan für die Jahre 2024 bis 2026 und
- b) mit dem Wirtschaftsplan des Sondervermögens „Liegenschaften der Kreisklinik Ebersberg“ werden in der Fassung des Protokolls des Kreistages beschlossen.

5. Die Haushaltssatzung ist Bestandteil dieses Beschlusses und Anlage zur Niederschrift.



angenommen

Ja 8 Nein 4 Anwesend 12

TOP 4	Örtliche Prüfung des konsolidierten Jahresabschlusses 2019 des Landkreises Ebersberg
-------	--

2022/0768/1

963.4/2-2019

Vorberatung

Rechnungsprüfungsausschuss am 27.10.2022, Top 2 nö

Sachvortragende(r):

Michael Ottl, wissenschaftlicher Rechtsberater und Leiter Büro des Landrats

Michael Ottl, wissenschaftlicher Rechtsberater und Leiter Büro des Landrats, informiert in seinem Sachvortrag über die örtliche Prüfung des konsolidierten Jahresabschlusses 2019 des Landkreises Ebersberg. Dieser sei dem Kreis- und Strategieausschuss am 12.10.2022 zur Kenntnisnahme vorgelegt und anschließend zur Durchführung der örtlichen Prüfung an das Revisionsamt weitergeleitet worden. Nach umfassender Prüfung sei der Bericht sodann dem Rechnungsprüfungsausschuss vorgelegt worden, welcher diesem einstimmig zugestimmt habe.

Jutta Plischke, Leiterin des Revisionsamtes, beantwortet zufriedenstellend eine Verständnisfrage aus dem Gremium über die vorzunehmenden Korrekturen der nicht ordnungsgemäßen Buchführung. Dabei erläutert sie, dass alle bereits umgesetzten Feststellungen in Grün aufgeführt, wohingegen noch abzuarbeitende Punkt in Rot dargestellt werden würden.

Der Landrat stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Trotz der in den Textziffern formulierten Feststellungen der örtlichen Rechnungsprüfung wird der konsolidierte Jahresabschluss des Landkreises Ebersberg für das Haushaltsjahr 2019 mit den auf den Seiten 53 bis 57 des Berichts vom 31.08.2022 ausgewiesenen Summen gemäß Art. 88 Abs. 3 LkrO festgestellt.

Diese Abschlusszahlen sind Bestandteil dieses Beschlusses und Anlage zur Niederschrift (Anlage 2 zum Protokoll).

Die Korrekturen der nicht ordnungsgemäßen Buchungen und der weiteren Textziffern werden erwartet.



einstimmig angenommen

Ja 12 Nein 0 Anwesend 12

TOP 5	Örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2019 des Sondervermögens Kreisklinik Ebersberg
--------------	--

2022/0795/1

963.2/2-2019

Vorberatung

Rechnungsprüfungsausschuss am 27.10.2022, TOP 3 nö

Sachvortragende(r):

Michael Ottl, wissenschaftlicher Rechtsberater und Leiter Büro des Landrats

Michael Ottl informiert in seinem Sachvortrag über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2019 des Sondervermögens der Kreisklinik Ebersberg. Das Revisionsamt habe diesen für das Wirtschaftsjahr 2019 als Sachverständiger geprüft und dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Beratung in der Sitzung am 27.10.2022 vorgelegt. Dieser habe den Beschlussvorschlag einstimmig angenommen.

Es folgt keine Wortmeldung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Aufgrund des Ergebnisses der örtlichen Rechnungsprüfung wird der Jahresabschluss des Sondervermögens Kreisklinik Ebersberg für das Wirtschaftsjahr 2019 mit den auf den Seiten 19 bis 21 des Berichts vom 17.08.2022 ausgewiesenen Summen gemäß § 9 Abs. 1 der Verordnung über die Wirtschaftsführung der kommunalen Krankenhäuser (WkKV) i.V.m. Art. 88 Abs. 3 LKrO festgestellt.

Diese Abschlusszahlen sind Bestandteil dieses Beschlusses und Anlage zur Niederschrift (Anlage 3 zum Protokoll).

Der Jahresfehlbetrag 2019 i.H.v. 146.797,15 € wird in Übereinstimmung mit § 10 Abs. 2 WkKV durch eine entsprechende Verringerung der Kapitalrücklagen (Eigenkapital) gedeckt.



einstimmig angenommen

Ja 12 Nein 0 Anwesend 12

TOP 6	Jahresabschluss 2019; Erteilung der Entlastung
--------------	---

2022/0832

Sachvortragende(r):

Michael Ottl, wissenschaftlicher Rechtsberater und Leiter Büro des Landrats

Der Landrat als Leiter der Verwaltung ist bei diesem Tagesordnungspunkt persönlich beteiligt; er nimmt an Beratung und Abstimmung nicht teil.

Der gewählte Stellvertreter des Landrats Walter Brilmayer übernimmt den Vorsitz.

Es folgt keine Wortmeldung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Der Landkreisverwaltung wird gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO für die Haushaltsführung im Jahr 2019 die Entlastung erteilt.



einstimmig angenommen

Ja 11 Nein 0 Anwesend 11

Der Landrat als Leiter der Verwaltung ist persönlich beteiligt im Sinne des Art. 43 Abs. 1 Satz 1 LKrO. Er hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

TOP 7	Gymnasium Poing, weiteres Vorgehen; Antrag der CSU-FDP Kreistagsfraktion vom 23.10.2022
-------	---

2022/0836

1/11/13/Schulen

Sachvortragende(r):

Brigitte Keller, Leiterin der Abteilung Zentrales und Bildung

Brigitte Keller hält einen kurzen Sachvortrag und informiert über den Antrag der CSU-/FDP-Kreistagsfraktion vom 23.10.2022 bezüglich des sich aktuell auf der Warteliste befindlichen Neubaus eines Gymnasiums in Poing.

KRin Waltraud Gruber informiert, dass die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen ebenso einen Antrag zum geplanten Gymnasium in Poing gestellt habe. Dieser sei jedoch direkt an den SFB-Ausschuss erfolgt und beinhalte die Thematik des pädagogischen Konzeptes sowie der Vorläuferklassen. Der Antrag werde in der Sitzung am 07.12.2022 behandelt.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Die weitere Beratung des Antrags der CSU-FDP-Fraktion finden in den Sitzungen des SFB-Ausschusses am 15.02.2023, des Kreis- und Strategieausschusses am 27.02.2023 und des LSV-Ausschusses am 08.03.2023 statt.



einstimmig angenommen

Ja 11 Nein 0 Anwesend 11

TOP 8	Rückzahlung und Anpassung des Kassenkredites; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.11.2022
-------	--

2022/0826

Sachvortragende(r):

Barbara Strangfeld, Sachbearbeiterin SG 14, Finanzen, Beteiligungen

Der Landrat erteilt dem Antragsteller das Wort.

KR Benedikt Mayer erläutert, dass der Kreis für die Rückzahlung des Kassenkredits von 23,5 Mio.€ zum Jahresende 2025 bis zum heutigen Tag keine Rücklagen hierfür gebildet habe.

Vielmehr sei in den Jahren 2024 und 2025 ein Überschuss zur vollständigen Tilgung des Kassenkredits von jeweils 11,75 Mio.€ zu erwirtschaften. Nach Ansicht der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen sei der Betrag jedoch voraussichtlich nicht zu erzielen. Aus diesem Grund habe sie ein Konzept entwickelt, welches die Erwirtschaftung eines großen Anteils des Überschusses ermögliche und der Differenzbetrag zum Kassenkredit sodann durch einen neuen Kassenkredit finanziert werde.

Brigitte Keller bedankt sich für den Antrag der Kreistagsfraktion. Dieser habe dazu geführt, dass die Verwaltung ein Konzept entwickelt und umfassend diskutiert habe. Geld müsse liquide angespart und könne nicht für die Finanzierung von Investitionen eingesetzt werden. Aus diesem Grund seien in entsprechender Höhe des geplanten Jahresergebnisses von 5,4 Mio.€ Investitionskredite (nach Mittelabfluss) aufzunehmen. Investitionskredite seien dabei günstiger als Kassenkredite.

Barbara Strangfeld, Sachbearbeiterin SG 14, hält einen Sachvortrag anhand einer Präsentation (Anlage 4 zum Protokoll).

Die Verwaltung empfehle, hinsichtlich der vorgestellten Rückzahlungsmodelle, der dritten Alternative zu folgen, so der Landrat.

KR Martin Wagner unterstützt den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen als hilfreiches und gutes Konzept. Persönlich spreche er sich ebenso für die dritte Alternative der Rückzahlungsmodelle aus. Möglicherweise sei eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung jedoch nicht zu empfehlen, vielmehr seien hier weitergehende Beratungen erforderlich.

KR Benedikt Mayer bedankt sich bei der Verwaltung für die Entwicklung der verschiedenen Rückzahlungsmodelle, welche ebenso in der Fraktionssitzung diskutiert worden seien. In diesem Zusammenhang sei insbesondere die Thematik der Generationengerechtigkeit deutlich geworden. Zudem würden sich noch offene Fragen ergeben, dessen Klärung noch etwas Zeit bedürfe. Beispielhaft führt er die unterschiedlichen Darlehenslaufzeiten im Falle eines Kassen- bzw. Investitionskredits auf. Zwar seien die Zinskonditionen für den Kassenkredit höher, dieser habe jedoch mit nur vier Jahren eine wesentlich geringere Laufzeit als der Investitionskredit mit zwanzig Jahren.

Brigitte Keller informiert, dass es sich bei den Modellen lediglich um einen Aktivtausch in der Bilanz handele. Dies könne vom Finanzmanagement umgesetzt werden, Zeit hierfür bliebe jedoch nicht. Grund hierfür sei, dass bei einer späteren Beschlussfassung die finanziellen Mittel nicht mehr zur Verfügung stünden, diese seien sodann in Investitionen geflossen.

Es sei die beste und wirtschaftlichste Lösung zur Tilgung der Schulden zu erarbeiten, so KR Albert Hingerl. Persönlich befürworte er, zur Minimierung der Risiken, einen gewissen Anteil der Schulden zurückzubezahlen.

KR Christian Bauer führt aus, es sei wichtig, dass mit diesem Konzept keine vorläufige Kreisumlagerhöhung einherginge.

Das Konzept habe eine gegenteilige Wirkung, eine vorläufige Erhöhung der Kreisumlage könne damit ausgeschlossen werden, so Brigitte Keller. Die Aufnahme von Investitionskredi-

ten würde den Investitionsabfluss verzögern und damit könne Geld angespart werden. In diesem Fall sei eine stärkere Verschuldung zu bevorzugen.

Aufgrund der offenen Fragen einigt sich das Gremium darüber den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rahmen der Runde der Fraktionssprecher im Januar zu beraten und diesen sodann in der kommenden Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses am 27.02.2023 erneut zu behandeln. Das Finanzmanagement wird beauftragt am Jahresende 2022 den Aktivtausch zu buchen.

Die weitere Beratung des Antrags der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen findet in der Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses am 27.02.2023 statt.

TOP 9	Verwaltungsgebäude an der Kolpingstraße; Ergebnisse der Arbeitsgruppe Verwaltungsgebäude Landratsamt (AG VgL)
-------	---

2022/0838

1/13/AG VgL

Vorberatung

- LSV-Ausschuss am 24.09.2018, TOP 3 Ö, Sondersitzung
- LSV-Ausschuss am 18.10.2018, TOP 5 Ö
- LSV-Ausschuss am 27.3.2019, TOP 11 N
- LSV-Ausschuss am 03.07.2019, TOP 5 Ö, Angebotseinholung Projektentwicklung
- Kreis- und Strategieausschuss am 15.07.2019, TOP 12 Ö
- Kreistag am 29.07.2019, TOP 11 Ö
- LSV-Ausschuss am 17.09.2019, TOP 9.1 N, Vorstellung Drees&Sommer
- LSV-Ausschuss am 15.10.2019, TOP 7.1 Ö
- Kreistag am 27.01.2020, TOP 4b Ö, techn. und immobilienwirtsch. Beurteilung
- LSV-Ausschuss am 17.06.2020, TOP 12.1 N
- LSV-Ausschuss am 22.10.2020, TOP 19 N
- LSV-Ausschuss am 17.03.2021, TOP 09 Ö

Sachvortragende(r):

Franco Patane, Projektsteuerungsbüro Drees & Sommer

Der Landrat führt in das Thema ein. Seit der Einrichtung der intrafraktionellen Arbeitsgruppe „Verwaltungsgebäude Landratsamt (AG VgL)“ im Jahr 2018 habe sich diese intensiv über die Bedürfnisse der Verwaltung hinsichtlich eines Verwaltungsgebäudes ausgetauscht. Zusammen mit der Verwaltung sowie externen Fachleuten habe die AG VgL sämtliche Möglichkeiten (Sanierungs- und Neubauvarianten) umfassend geprüft. Unter Berücksichtigung der finanziell angespannten Lage und den zu meisternden Herausforderungen (z. B. Planung zweier Schulen, Herausforderungen im Klinikbereich, Errichtung von Radwegen) sei sodann ein Kompromissvorschlag erarbeitet worden. Hier habe auch ein regelmäßiger und enger Austausch mit der Stadt Ebersberg stattgefunden. Der Vorschlag der Verwaltung in der AG VgL sei ein Teilverkauf des Grundstücks zur Errichtung bezahlbarer und sozial geförderter Wohnungen. Mit diesem Erlös könne auf dem übrigen, etwas kleinerem Grundstück ein neues Verwaltungsgebäude nach modernen Standards errichtet werden. Der Landrat begrüßt Franco Patane, Projektsteuerungsbüro Drees & Sommer, der die Ergebnisse der 21 Arbeitssitzungen vorstellen werde.

Franco Patane hält einen Sachvortrag anhand einer Präsentation (Anlage 5 zum Protokoll) und beantwortet zufriedenstellend Verständnisfragen aus dem Gremium. Insbesondere erkundigt sich KRin Waltraud Gruber nach der Anzahl der Arbeitsplätze im Verwaltungsgebäude Eichthalstraße sowie dem notwendigen Bedarf im neuen Gebäude an der Kolpingstraße.

Diesbezüglich informiert Brigitte Keller, dass anhand eines Dashboards die tatsächliche Anwesenheit im Verwaltungsgebäude Eichthalstraße mit einer Belegungsquote von 60 % ermittelt werden konnte. Die Situation im Gebäude sei dennoch problematisch, insbesondere gebe es auch Bereiche, die keine Möglichkeit von Homeoffice zuließen (z. B. Bürgerservice, Zulassungsstelle). Das Landratsamt beschäftige mit Stand vom 01.09.2022 insgesamt 655 Mitarbeiter (92 Beamte, 534 Arbeitnehmer, 20 Auszubildende, 9 amtliche Tierärzte), wobei hier ebenso eine Differenzierung zwischen Anzahl der Köpfe und Vollzeitäquivalente erfolgen müsse. Unter Berücksichtigung dieser Zahlen betrage der Bedarf im neuen Verwaltungsgebäude rund 400 Arbeitsplätze. Die genauen Zahlen werde die Verwaltung jedoch nochmals verifizieren und dem Protokoll als Notiz beifügen.¹

Nach dem Sachvortrag erläutert der Landrat, dass es sich vorliegend um einen Grundsatzbeschluss zur weiteren Nutzung des landkreiseigenen Grundstücks an der Kolpingstraße handle. Dies müsse auch vor dem Hintergrund geschehen, dass der Stadtrat der Stadt Ebersberg bereits eine entsprechende Planung angestoßen habe. Zudem benötige die Verwaltung dringend Räumlichkeiten, der Puffer für weitere Büroräume sei gering (rund 10 %) und der Kreis habe viele Liegenschaften angemietet.

KR Manfred Schmidt beklagt die mangelnde Transparenz der AG VgL. Diese habe stets unter Ausschluss der Öffentlichkeit getagt und die Presse sei erst durch die jetzige Sitzung über dieses Vorhaben informiert worden. Durch den vorgeschlagenen Teilverkauf des Grundstücks würde sich der Kreis gegen alle Möglichkeiten einer zukünftigen Verwertung des Grundstücks verwehren, eine derartig wertvolle Fläche dürfe nicht veräußert werden. Er warne auch eindringlich vor einem Bau über einen Generalunternehmer, was seiner Ansicht nach sehr konfliktträchtig sei. Er beantrage das Vorhaben zurückzustellen, es sei zunächst eine umfassende Prüfung möglicher Nutzungsvarianten durchzuführen (z. B. Verpachtung).

Der Landrat merkt an, dass der Beschlussvorschlag das einvernehmliche Ergebnis der intraktionellen Arbeitsgruppe sei und keinesfalls auf Drängen der Verwaltung erfolgt wäre. Der Kauf des Grundstücks an der Kolpingstraße sei zum damaligen Zeitpunkt richtig gewesen und unter anderen Voraussetzungen (insbesondere Sanierung aller Schulen bereits abgeschlossen, keine finanziellen Schwierigkeiten der Kreisklinik) würde er sich zum heutigen Zeitpunkt gegen die Teilveräußerung des Grundstücks aussprechen. Mit Blick auf die Zukunft könne der Kreis jedoch von der Veräußerung profitieren.

1

Gesamt		
Mitarbeiter	Anwesenheit	Arbeitsplätze
651	60%	391
davon Eichthalstr.		
Mitarbeiter	Anwesenheit	Arbeitsplätze
500	60%	300
Bedarf Neubau		
Mitarbeiter	Anwesenheit	Arbeitsplätze
151	60%	91

Sodann überarbeitet das Gremium entsprechend der Wortmeldungen den Beschlussvorschlag. Insbesondere die Ziffer 1 müsse offener gefasst und zudem müsse den Gremien des Kreistags die Möglichkeit gegeben werden über die relevanten Schritte beratend und beschließend zu entscheiden.

KR Thomas Huber erläutert, dass die beiden Großbauprojekte die finanzielle Situation des Kreises überfordern würden. Der Teilverkauf ermögliche es Investitionen tätigen zu können und schaffe dahingehende eine gute Ausgangssituation. Persönlich befürworte er den offen formulierten Beschlussvorschlag, der damit eine bestmögliche Verwertung zuließe.

KR Reinhard Oellerer informiert, dass die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Das Projekt an der Kolpingstraße sei über einen Zeitraum von vier Jahren intensiv besprochen worden. Die Kosten für die Renovierung des Gebäudes würden rund 40 Mio.€ betragen, ein Abriss mit entsprechendem Neubau würde etwa 50 Mio.€ kosten. Zudem sei nach möglichen Mietern bzw. Käufern gesucht worden, jedoch dürfe das Gebäude allein schon aus Gründen des Brandschutzes nicht mehr bezogen werden. Ein Teilverkauf sei auch im Hinblick auf die finanzielle Situation des Kreises und dringend notwendiger Ausgaben (z. B. 12 zusätzliche Klassenzimmer bis zum Jahr 2025 am Gymnasium Kirchseeon) zu befürworten.

Die SPD-Kreistagsfraktion werde dem Beschlussvorschlag als beste Lösung in der derzeitigen Situation ebenso zustimmen, so KR Albert Hingerl. Auch die Fraktion sei im engen Austausch mit den Mitgliedern des Stadtrats Ebersberg, welcher diesen Lösungsvorschlag ebenfalls mittragen könne.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird vorgeschlagen:

- 1. Für das Grundstück „Sparkassenplatz 1“ mit den Flurnummern 126, 723/4, 725/5 und 725/6 der Gemarkung Ebersberg wird ein Teilverkauf zur Realisierung eines Wohnbauvorhabens (z. B. freier Markt und geförderter Wohnungsbau) geplant.**
- 2. Auf dem im Eigentum des Landkreises verbleibenden Teilgrundstück wird die Errichtung eines Verwaltungsgebäudes nach modernen Standards u.a. mit Open- Space-Büros und einem Multifunktionssitzungsaal für 70 Kreisräte und u.a. Nutzung im Katastrophenfall für Hilfsorganisationen realisiert. Der Landkreis bleibt Grundstückseigentümer dieser Teilfläche „Verwaltung“. Es erfolgt eine Realteilung des Grundstückes.**
- 3. Im Idealfall erfolgt eine Realisierung des Verwaltungsgebäudes wirtschaftlich über den Teilverkauf ohne Zuzahlung durch den Landkreis. Jedenfalls soll die Zuzahlung so gering wie möglich gehalten werden, was auch in Abhängigkeit zum Baurecht steht.**
- 4. Der Landrat und die Verwaltung werden beauftragt, mit der Stadt Ebersberg in den konkreten Austausch zum weiteren Verfahren zur Schaffung des nötigen Baurechts einzutreten. Der Teilverkauf und die Errichtung des**

Verwaltungsgebäudes erfolgen im Anschluss über ein geeignetes Ausschreibungsverfahren.

5. Die Ziffern 1 bis 4 beraten und entscheiden die Gremien des Kreistags.



angenommen

Ja 11 Nein 1 Anwesend 12

TOP 10 Bekanntgabe von öffentlichen Spenden; 3. Abschnitt 2022

2021/0579

Vorberatung

Kreis- und Strategieausschuss am 18.07.2022, Top 15Ö

Sachvortragende(r):

Brigitte Keller, Abteilungsleiterin Zentrales und Bildung

Brigitte Keller verliest die Spenden, die mit einer Veröffentlichung einverstanden waren:

- Sport Gürteler GmbH, Siriusstraße 2, 85614 Eglharting/Kirchseeon i. H. v. 150,00 € für das P-Seminar Alpencross des Max-Mannheimer-Gymnasiums Grafing
- Spendenaktion Adventskalender i. H. v. 4.000,00 € an Einzelfamilien für Kinder in Not

Die Genehmigung aller Spenden erfolgt in nichtöffentlicher Sitzung.

TOP 11 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

keine

TOP 12 Informationen und Bekanntgaben

keine

TOP 13 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung

keine

TOP 14 Anfragen

keine

Der Landrat schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:29 Uhr.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.